



DR. ANNA KÖBBERLING, MDL

# NEUES

## AUS DEM LANDTAG



Landtag Rheinland-Pfalz/  
Torsten Silz



### Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser, die 80er Jahre sind derzeit nicht nur Inspiration für einige erfolgreiche Fernsehserien und die Mode, vielmehr scheinen sich auch die politischen Themen zu wiederholen – das sind internationale Konflikte, Rechtsextremismus, Waldsterben und Klimaschutz. Damals alarmierten uns das Waldsterben sowie die durch die schädliche Wirkung von FCKWs beschädigte Ozonschicht. 1974 informierten die ersten Wissenschaftler über die Gefahr von FCKWs. 1987 wurde das Montreal-Protokoll verfasst, das die Verwendung von FCKWs eindämmen sollte. Das Protokoll erntete massive Kritik, weil es auf der Selbstverpflichtung der Industrie basierte. Und dennoch hat es funktioniert, auch wurde der Wechsel von der Chemieindustrie relativ schnell umgesetzt und sehr gut verkräftet. Bei dem Klimawandel ist das Problem leider viel größer: Obwohl der weltweit größte Gas- und Erdöllieferant Exxon bereits seit 1977 anhand von hausinterner Forschung und Modellen über die Wirkung von CO2 auf das Weltklima wusste, geschah das Gegenteil. Statt Aufklärung investierte man in Kampagnen, um den Klimawandel zu leugnen (Bericht: Scientific American). Zudem wurden Berater aus der Tabakindustrie engagiert, um die Verleumdung der Wissenschaft auf professioneller Ebene zu managen. Es dauerte folglich sehr lange, bis das Problem der Klimaerwärmung ins öffentliche Bewusstsein rückte. Auch

bedarf die Reduzierung des Kohlenstoffausstoßes nicht einer, sondern zahlreicher unterschiedlicher Maßnahmen. Diese sind im kürzlich verabschiedeten Klimaschutzpaket enthalten. Schon kurz nach der Bekanntgabe der Verabschiedung hagelte es Kritik von vielen Seiten. Dabei sollte jedem klar sein, dass wir nicht die Wirtschaft wie bei einer Planwirtschaft einengen dürfen, sondern vielmehr Anreize schaffen und Innovationen voranbringen sollten. Wie in vielen anderen Städten hat auch der Rat der Stadt Koblenz am 26. September den Klimanotstand ausgerufen. Ein Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken wurde mit einer Beschlussvorlage von Oberbürgermeister David Langner verschmolzen. Der Beschluss enthält 33 konkrete Klimaschutzmaßnahmen und bleibt damit keine reine Absichtserklärung. Bis 2030 sollen 50% CO2 eingespart werden. Bei allen Maßnahmen ist es Aufgabe der SPD, darauf zu achten, dass sie sozial gerecht geschehen und Menschen mit geringem Einkommen nicht über Gebühr belastet werden. Wie in den 80ern glaube ich auch heute noch an die gestaltende Kraft von Politik und bin zuversichtlich, dass sich mit gemeinsamer Anstrengung das Ruder herumreißen und Klimaschutz realisieren lässt. Allerdings geht das nicht ohne massive Anstrengung.

*Anna Köbberling*





# Jubiläen

---

Das Jahr 2019 ist geschichtsträchtig: Zahlreiche Ereignisse, die die Welt und Deutschland stark beeinflussten, werden uns wieder ins Bewusstsein gerückt. Einige davon waren für mich besonders. Vor hundert Jahren wurde als Folge des Ersten Weltkrieges der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gegründet. Doch das Elend des Krieges wirkte nicht lange nach, denn 2019 jähren sich auch der deutsche Überfall auf Polen und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zum 80. Mal. Die nationalsozialistische Diktatur, die ganz Europa in Schutt und Asche gelegt hat, war für Alexander Gauland nur ein „Vogelschiss“ der deutschen Geschichte - für alle Demokrat\*innen aber ist sie bis heute ein Zivilisationsbruch, der jeden Maßstab sprengt. Die industrielle Vernichtung von Menschen lässt sich mit keinem anderen Ereignis der Geschichte weltweit vergleichen. Aber auch heute werden leider wieder Menschen aus rassistischen und antisemitischen Gründen getötet. Eine Mitschuld daran tragen die Rassisten und Faschisten in unseren Parlamenten aus den Reihen der AfD. Wir dürfen nie aufhören, uns über sie zu empören und mit den Mitteln des Rechtsstaats gegen diese braune Saat vorzugehen.

Erfreulicher ist hingegen das hundertste Jubiläum der Arbeiterwohlfahrt. Auch heute angesichts noch nicht

einsehbarer Prozesse wie der Globalisierung, dem Klimawandel und Demographie ist Wohlfahrt ein wichtiges Standbein unserer Gesellschaft. Wohlfahrt bedeutet, dass jeder Mensch das Recht hat, in Würde zu leben. Als sozialer Dienstleister in unterschiedlichen Bereichen ist die Arbeiterwohlfahrt Anlaufstelle für alle Menschen ganz gleich welcher Hautfarbe, Religion oder Ethnie. Damit leistet sie genau dort Hilfe, wo man sie braucht.

Vor einem halben Jahrhundert wurde Willy Brandt zum Kanzler gewählt. Seine Ostpolitik und sein Umgang mit der jüngsten deutschen Geschichte standen in klarem Gegensatz zu seinem Vorgänger und erwiesen sich als richtungweisend.

Vor dreißig Jahren fiel die Mauer, die Ost- und Westdeutschland spaltete. Heute zeigt sich, dass die Aussöhnung zwischen den beiden Teilen Deutschlands weder in wirtschaftlicher noch in politischer Hinsicht vollendet ist. Daher möchte ich mit folgenden Worten von Willy Brandt schließen: „Diktatur bleibt Diktatur. Ausbeutung bleibt Ausbeutung. Unser Platz aber ist und bleibt auf der Seite der Freiheit und des sozialen Fortschritts, des Ringens um soziale Sicherheit und Vermenschlichung der menschlichen Gesellschaft.“



## Automobilindustrie

Der Strukturwandel in der Automobilindustrie, der mit dem Klimawandel eng verbunden ist, beschäftigt mich sowohl als Landtagsabgeordnete als auch als Stadträtin, denn in beiden Funktionen bin ich ja für Wirtschaftspolitik zuständig. Beim Besuch der IAA in Frankfurt fiel mir auf, dass E-Mobilität und autonomes Fahren nicht mehr zu den Nischenthemen gehören, sondern dabei sind, den Markt zu erobern. Mit der SPD-Landtagsfraktion traf ich den Betriebsrat von Opel. Wir sprachen über die Situation des Standorts in Kaiserslautern und den Bau eines Batteriezellwerks. Hierfür hatte sich unsere Fraktion bereits im Rahmen der Fraktionsklausur in Berlin ausgesprochen. Auch der Besuch von BorgWagner Inc. in Kirchheimbolanden stand auf meinem Programm. Die Firma hat bereits auf die Veränderungen reagiert. Statt auf Diesel setzt man hier zunehmend auf einen Hybridmotor - aber das kostet massiv Arbeitsplätze. Die Aufgabe der SPD wird es sein, im Zuge des Strukturwandels die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht aus dem Blick zu verlieren.

Auch meine Herbstreise durch den Wahlkreis stand unter der Überschrift „Strukturwandel im Automobilsektor“. Dabei sprach ich mit den Koblenzer Industriebetrieben Stabilus und ZF sowie zahlreichen Händlern und Werkstätten. Zwei Leitmotive wurden - in unterschiedlicher Spielart - immer wieder deutlich: 1. Wir können den Klimawandel nur mit einem Mix verschiedener Antriebstechnologien aufhalten und 2.: Die Sozialdemokratie wird dringend gebraucht, um soziale Verwerfungen bei Klimaschutzmaßnahmen zu verhindern.

Das angesammelte Wissen und die Argumente, die ich von den verschiedenen Akteuren erhielt, fließen in unsere politischen Initiativen ein - und z.B. auch in meine Rede zur Batteriezellentechnologie. Aufgrund des Klimawandels, den nur noch die wissenschaftsfremde AfD leugnet, müssen wir in Zu-

kunft massiv CO2 einsparen. Dies hat einen Strukturwandel in der Automobilindustrie zur Folge, denn die herkömmlichen Verbrennungsmotoren stoßen zu viel Kohlenstoff aus. Die SPD Rheinland-Pfalz und ich sprechen uns für eine technologieoffene Herangehensweise aus, denn uns geht es um das Endergebnis. Ferner bin ich der Meinung, dass nur ein Mix aus verschiedenen Antriebssystemen, darunter Elektromotoren, schadstoffarmer Diesel, Wasserstoff und E-Fuels, den unterschiedlichen Bedürfnissen unserer Gesellschaft gerecht werden kann. Ich bin zudem davon überzeugt, dass wir mehr in Forschung und Entwicklung investieren sollten, damit wir auf dem Stand bleiben und unsere Betriebe und Fachkräfte nicht abgehängt werden. Hier in Rheinland-Pfalz haben wir schon einige Zentren, an denen Forschung, Entwicklung und Produktion gebündelt stattfinden.

In Bezug auf die E-Mobilität setze ich mich dafür ein, dass wir eine Batteriezellenproduktion in unserem Bundesland aufbauen können. Damit schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze, ersparen künftigen Käufern von E-Autos lange Wartezeiten und lösen uns von der Abhängigkeit von China und den USA. Ich habe mich dafür ausgesprochen, ein Batteriezellenwerk in Kaiserslautern einzurichten, weil dort die Infrastruktur für dieses Vorhaben sehr günstig ist.

Schließlich fordere ich, dass wir uns mehr mit dem Recycling von Lithiumbatterien beschäftigen. In Deutschland haben wir das Know-How und die Technik, um die Wiederverwendung von Lithiumbatterien zu ermöglichen. Lithium geht bei der Verwendung nicht kaputt und wird auch nicht weniger. Durch ein Recycling-System würden wir eine E-Mobilität ohne Umweltverschmutzung und Ausbeutung von Arbeiter\*innen in den Abbauländern hinbekommen.

### Handwerk

Auch im Handwerk passiert derzeit viel, vor allem in Bereich der Digitalisierung. Bei dem 72. Landesverbandstag der Dachdecker-Innung Koblenz in der Sayner Hütte war die Digitalisierung das zentrale Thema. Einer der Programmpunkte war die Podiumsdiskussion, an der ich die Förderprogramme der rheinland-pfälzischen Landesregierung für die Digitalisierung im Handwerk erläuterte. Am Tag des Tischlerhandwerks besuchte ich als wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz die „Creative Möbeltischlerei Rieger“ in Kaisersesch. Wir sprachen über die Notwendigkeit eines Meisterbafög, die Wiedereinführung der Meisterpflicht, die Mindest-Ausbildungsvergütung, Fachkräftesicherung und andere wichtige, handwerkspolitische Themen.



### Waldgipfel



Noch vor Kurzem erinnerte ein Journalist der WELT an die Situation des deutschen Waldes in den 80er Jahren und diffamierte die Bewegung, die sich aus dem Kampf gegen die Ursachen des Waldsterbens entwickelte, als Hysterie. Ziemlich plump zog er daraufhin eine Parallele zur heutigen Debatte um den Klimawandel. Der Vergleich hinkt enorm, denn heute geht es unseren Wäldern erneut nicht gut. Am Tag des Waldgipfels waren SPD-Landtagsabgeordnete, unterwegs, um sich ein umfassendes Bild von den Klimaschäden im Wald zu machen. In Koblenz, Saarburg oder im Donnersbergkreis ist die Lage mitunter dramatisch: Tausende Hektar Wald sind durch Hitze, Dürre und Borkenkäfer-Befall abgestorben. Einen ähnlichen „Ausflug“ in Begleitung von Forstamtsleiterin Carmen Barth hatte ich vor wenigen Wochen schon einmal gemacht, aber das Gefühl war wieder gleich schockierend. Dabei benötigen wir den Wald so dringend als CO<sub>2</sub>-Speicher! Ministerin Klöckner muss endlich liefern, damit mehr Bundesmittel für die kommunalen und privaten Wälder zur Verfügung stehen!

# SCHON GEWUSST?

Auf meiner Facebook-Seite sind noch mehr Informationen zu meinen Aktivitäten im Wahlkreis und im Landtag zu finden!

[facebook.com/AnnaKoeberling](https://facebook.com/AnnaKoeberling)



## Demokratie in Gefahr

Nach dem furchtbaren Anschlag in Halle gab unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer eine Regierungserklärung ab, in der sie klar benannte, dass es in Deutschland rechtsextreme und antisemitische Strukturen und vernetzte Gewalttäter gibt. Der Staat dürfe hier nicht länger wegsehen und das Problem verharmlosen. Gleichzeitig forderte sie, alle Menschen müssten ihren Glauben - ob jüdisch, muslimisch oder christlich - frei von Angst und Gefahr praktizieren können. In Rheinland-Pfalz würden Synagogen polizeilich gut geschützt, aber es sei bedrückend, dass dies notwendig sei. Die Ministerpräsidentin kritisierte aber auch den Rechts extremismus und Antisemitismus der AfD und zitierte führende Vertreter. Im Laufe der sich anschließenden Debatte, in der für die SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz Alexander Schweitzer das Wort ergriff, versäumte die AfD erneut, sich von den rechtsextremen

Äußerungen aus ihren Reihen klar zu distanzieren. Die SPD-Landtagsfraktionen von Baden-Württemberg, Hessen, dem Saarland und Rheinland-Pfalz trafen sich am 25. Oktober, um eine Hambacher Erklärung „Verantwortung für unsere Demokratie“ zu verabschieden. Landtagspräsident Hendrik Hering und ich waren aber nicht dabei - wir vertraten die SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz bei der Zukunftswerkstatt der EKH (evangelischen Kirchen). Hier diskutierten wir ein Papier zum gleichen Thema, „Zur Zukunft der Demokratie in Rheinland-Pfalz - eine evangelische Perspektive“. Beide Anlässe spiegeln die gleiche Sorge wieder, die der Landtagspräsident mit folgendem Satz beschrieb: „Demokratien fangen an zu sterben, wenn der Respekt verlorengeht.“

# IMPRESSUM

**Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.)**  
Dr. Anna Köbberling, MdL  
Triererstr. 69  
56072 Koblenz

**Kontakt**  
+49 (0) 261 650 129 45  
info@annakoebberling.de

**Bildquellen**  
privat

**Layout und Gestaltung**  
Dennis Feldmann

**Redaktion**  
Anna Köbberling, Ksenia Stähle,  
Olivija Shterjova

**Verbreitung**  
LT-Wahlkreis 9

**Erscheinungstermin**  
18. November 2019



### Schulbesuchstag

Am 9. November 1848 wurde der republikanische, unter parlamentarischer Immunität stehende Abgeordnete Robert Blum hingerichtet, am 9. November 1923 versuchte Adolf Hitler einen Putsch in Bayern, am 9. November 1938 zerrten die Nazis – auch in Koblenz - jüdische Bürgerinnen und Bürger aus ihren Wohnungen, demütigten sie und zertrümmerten die Synagoge, am 9. November 1989 wurde die Mauer geöffnet. Traditionell besuchen rund um diesen Tag Abgeordnete des rheinland-pfälzischen Landtags Schulen und sprechen mit den Schülerinnen und Schülern über Parlamentarismus und Demokratie.

Auch ich habe insgesamt fünf Koblenzer Schulen besucht – bei zweien war auch der Abgeordnete Joachim Paul von der AfD dabei. Ihm wird derzeit vorgeworfen, unter dem Pseudonym eines rechtsradikalen Mörders (Karl Ludwig Sand) einen verherrlichenden Artikel über einen rechtsradikalen Mörder (Varg Vikernes) und Musiker in einer NPD-nahen Zeitschrift verfasst und darüber den Mediausschuss des Landtags belogen zu haben. Dies war auch Thema bei den beiden Schulbesuchen. In der Carl-Benz-Schule wurde Paul sowohl von mir als auch von den Schülerinnen und Schülern gefragt, warum er denn keine eidesstattliche Versicherung ablege, dass er nicht Autor des Artikels sei. Paul lehnte dies erneut ab und holte zu wüsten Beschimpfungen meiner Person aus: Angeblich hätte ich eine AfD-Veranstaltung gestört, die daraufhin sogar aufgelöst werden musste.

Dieser Vorwurf ist inzwischen offiziell widerlegt - ein von Paul angestregtes Ermittlungsverfahren wegen „Störung einer Veranstaltung“ wurde eingestellt. Paul forderte mich dennoch auf, meine Version zu beedigen, was ich jederzeit zu tun bereit bin. Im Gegensatz dazu weigert sich Herr Paul, die wirklich schwerwiegenden und von einem Recherche-Team dreier Medienanstalten gut belegten rechtsextremen Zusammenhänge glaubwürdig aufzuklären.

**#UNSERESPD**  
JETZT ENTSCHEIDEN  
WIR DIE ZUKUNFT



Liebe SPD-Mitglieder,

**bei der ersten Abstimmung hat kein Team die absolute Mehrheit erreicht. Deshalb findet zwischen den Teams Saskia Esken & Norbert Walter-Borjans sowie Klara Geywitz & Olaf Scholz vom 19. bis 29. November eine zweite Abstimmung statt. Das Gewinnerteam wird vom Parteivorstand zur Wahl auf dem SPD-Parteitag vom 6. bis 8. Dezember vorgeschlagen. Bitte nehmt an der Abstimmung teil. Damit zeigt ihr eure Richtung und die Stärke der Basis – denn mehr Demokratie beginnt auch in der Partei selbst!**

**Weitere Infos findet ihr auf: <https://unsere.spd.de/kandidierende/>**